

# E-Mail an die Politik – SPD

## Kontext

Die Bundesregierung hat eine Gesetznovelle („**Gesetz zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes**“) auf den Weg gebracht, die starke Abschwächungen am Lieferkettengesetz vorsieht. Die Novelle wurde am 16. Januar 2026 im Bundestag in erster Lesung debattiert und anschließend an die Ausschüsse verwiesen. Aktuell wird die Gesetznovelle also in den Ausschüssen und innerhalb der **Bundesregierung** diskutiert.

## Adressat\*innen

Als mitregierende Partei hat es die SPD in der Hand, das Lieferkettengesetz in den aktuellen Verhandlungen zu verteidigen und den Gesetzgebungsprozess zu nutzen, um Aspekte des Gesetzes sogar noch zu verbessern.

- Als **SPD-Bundesvorsitzende** haben **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** eine besondere Verantwortung. Sie sind unter [partei Vorstand@spd.de](mailto:partei Vorstand@spd.de) erreichbar.
- Beide sind aber auch Minister\*innen. Vor allem **Bärbel Bas** als Ministerin für Arbeit und Soziales kommt beim Lieferkettengesetz eine entscheidende Verantwortung zu. In ihrer Rolle als Ministerin ist sie unter [poststelle@bmas.de-mail.de](mailto:poststelle@bmas.de-mail.de) zu erreichen. Ebenso an dem Prozess beteiligt sind die SPD-geführten Ministerien für Umwelt und Klimaschutz unter **Carsten Schneider** ([poststelle@bmuv.bund.de](mailto:poststelle@bmuv.bund.de)), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter **Reem Alabali Radovan** ([poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)) sowie für Justiz und Verbraucherschutz unter **Stefanie Hubig** ([poststelle@bmjv.bund.de](mailto:poststelle@bmjv.bund.de)).
- Aber auch alle anderen **SPD-Bundestagsabgeordneten** können sich dazu einbringen und sollten an ihre Verantwortung zum Schutz von Arbeiter\*innenrechten erinnert werden. Auf dieser [Seite von Abgeordnetenwatch](#) sind alle SPD-Abgeordneten aufgelistet. Sucht Euch die Mitglieder raus, die ihr anschreiben möchtet.

Die E-Mailadressen von Bundestagsabgeordneten setzen sich immer wie folgt zusammen: **vorname.nachname@bundestag.de**. Umlaute werden ausgeschrieben. Für **Matthias Miersch**, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, lautet die Adresse beispielsweise [matthias.miersch@bundestag.de](mailto:matthias.miersch@bundestag.de).

Nach diesem Muster könnt ihr alle Kontakte selbst erstellen.

Schreibt die Adressat\*innen direkt von eurem E-Mailprogramm aus an. Ihr könnt dazu das folgende Textbeispiel als Vorlage nutzen.

## Textbeispiel

*Betreff: Lieferkettengesetz stärken statt abschwächen!*

Sehr geehrter Herr [NAME] / Sehr geehrte Frau [NAME],

aktuell wird in den Ausschüssen und innerhalb der Bundesregierung über die Gesetznovelle zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) diskutiert. Ich bitte Sie, sich als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in Ihrer Rolle als [Abgeordnete\*r / Minister\*in] weiterhin für den Erhalt eines starken Lieferkettengesetzes einzusetzen.

Das Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein gegen Ausbeutung und Kinderarbeit und ein großer Erfolg der SPD. Und es wirkt: Das Lieferkettengesetz stärkt die Arbeit von Gewerkschaften und führte bereits zu konkreten Verbesserungen für Beschäftigte, beispielsweise im Transportsektor in Deutschland oder auf Bananenplantagen in Ecuador. Das Lieferkettengesetz sorgt dafür, dass Unternehmen sich systematisch damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen ihre Geschäftsmodelle auf Menschenrechte und Umwelt weltweit haben.

Dennoch wird die Umsetzung des Lieferkettengesetzes bereits jetzt unterminiert. Die für die Durchsetzung des Gesetzes zuständigen Behörde BAFA erhielt im Herbst 2025 eine Weisung des Wirtschaftsministeriums, keine Unternehmensberichte mehr zu prüfen und Sanktionen nur noch bei schweren Menschenrechtsverletzungen zu verhängen. Juristischen Einschätzungen zufolge ist dieses Vorgehen verfassungswidrig, da es die Umsetzung eines geltenden Gesetzes behindert.

Die Gesetznovelle enthält zudem Vorschläge, die das Schutzniveau des Gesetzes erheblich schwächen würden. Lassen Sie nicht zu, dass ein wirksames Gesetz gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung für Profitinteressen von Großkonzernen geopfert wird.

Auch die Zivilgesellschaft ist besorgt über die Abschwächungsversuche. Eine Petition der Initiative Lieferkettengesetz wurde von mehr als 200.000 Menschen unterstützt. Ich bitte Sie, sich dem anzuschließen: Nutzen Sie Ihre politische Stimme, um sich für ein wirksames Lieferkettengesetz stark zu machen, das sowohl der Umwelt und den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit, als auch den Unternehmen in Deutschland nutzt.

Mit freundlichen Grüßen

[DEIN NAME]